

# Mission impossible



**Lieferkettengesetz.** Deutschland will seine Unternehmen dazu verpflichten, sich selbst und ihre Direktlieferanten auf die Einhaltung von Menschenrechtsstandards hin zu prüfen – und die EU plant noch schärfere Vorschriften. Die internationalen Lieferketten sind jedoch heute so komplex, dass eine lückenlose Überprüfung praktisch unmöglich ist. Ob ein strengeres Lieferkettengesetz nötig ist, darüber streiten auch Anne Lauenroth vom Bundesverband der Deutschen Industrie und Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz im Pro und Kontra des iwd.

—> [Seiten 2-5](#)

## IW-Konjunkturprognose

Die Corona-Pandemie hat die deutsche Wirtschaft noch fest im Griff – das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr nur um 3 Prozent wachsen.

—> [Seiten 6-7](#)

## Zuwanderung

Insgesamt ist Deutschland in Sachen Integration auf einem guten Weg. Bei einigen Migrantengruppen gibt es aber noch Verbesserungspotenzial.

—> [Seiten 8-11](#)

**Weitere Themen** +++ Staatsfinanzen +++ Menschen mit Behinderung +++

Top-Liste: Tourismus in der EU +++ Zahl der Woche: Elterngeld

# Mehr ist nicht immer besser

**Lieferkettengesetz.** Anfang März hat das Bundeskabinett den Entwurf für ein Lieferkettengesetz verabschiedet, mit dem in Deutschland ansässige Unternehmen verpflichtet werden, sich selbst und ihre Direktlieferanten auf die Einhaltung von Menschenrechtsstandards hin zu prüfen. Nationale Alleingänge wie dieser sind ein Problem, deshalb ist es gut, dass sich auch die EU der Sache annimmt – allerdings muss Brüssel darauf achten, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Das Lieferkettengesetz zielt auf jene externen Effekte, die sich aus der potenziellen Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und Arbeitskräften in Ländern ergeben, die es mit sozialen und ökologischen Mindeststandards nicht immer so genau nehmen. Stimmen Bundestag und Bundesrat dem Gesetz zu, werden Unternehmen in Deutschland ab dem Jahr 2023 sich selbst und ihre direkten Lieferanten auf die Einhaltung dieser Mindeststandards überprüfen müssen – verstoßen sie dagegen, drohen Bußgelder. Eine zivilrechtliche Haftung der Unternehmen ist allerdings nicht vorgesehen. Bei mittelbaren Zulieferern sollen Unternehmen lediglich im Verdachtsfall aktiv werden.

Zunächst gilt das Gesetz für Unternehmen mit mindestens 3.000 Mitarbeitern, ab 2024 liegt die Grenze bei 1.000 Beschäftigten.

Die EU-Kommission plant parallel dazu ein Gesetz. Das EU-Parlament macht Druck, indem es kürzlich einen konkreten Gesetzestext vorgeschlagen hat, der weit über die deutschen Regelungen hinausgeht:

**Die Sorgfaltspflicht** der Unternehmen soll auf EU-Ebene für die gesamte Lieferkette gelten. Das deutsche Lieferkettengesetz sieht das grundsätzlich ähnlich, beschränkt die unmittelbare Sorgfaltspflicht aber auf die direkten Zulieferer.

**Der Fokus** in Deutschland liegt auf der Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen, auf EU-Ebene sollen

auch Umweltstandards und eine gute Regierungsführung explizit berücksichtigt werden.

**Die Vorschriften** sollen in der EU nicht – wie in Deutschland – nur für große Unternehmen gelten, sondern auch für börsennotierte kleine und mittlere Unternehmen bis 249 Mitarbeiter sowie für solche, die in noch festzulegenden Hochrisikobranchen tätig sind.

Das Hauptargument für eine strengere gesetzliche Lösung ist laut EU-Kommission, dass sich freiwillige Maßnahmen als unzureichend erwiesen hätten. Doch eine Umfrage im IW-Zukunftspanel 2020 zeigt, dass die Unternehmen das Thema Nachhaltigkeit in der Lieferkette längst sehr ernst nehmen (Grafik):

## Nachhaltigkeit in der Lieferkette: In der deutschen Industrie längst üblich

So viel Prozent der Unternehmen im Produzierenden Gewerbe messen der Nachhaltigkeit in der Lieferkette folgende Bedeutung bei

Sehr hoch    Eher hoch    Eher gering    Sehr gering    Spielt keine Rolle



Stand: 2020; internationalisierte Unternehmen: exportieren und/oder produzieren im Ausland

Quellen: IW-Zukunftspanel, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

## Rund zwei Drittel der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes in Deutschland messen der Nachhaltigkeit in der Lieferkette eine sehr hohe oder eher hohe Bedeutung bei.

Bei großen und international tätigen Unternehmen ist der Anteil sogar noch höher.

Zudem hat die EU bereits eine Reihe an verbindlichen Sorgfaltspflichten erlassen. Dazu zählen die Verordnung über Konfliktmaterialien, die sicherstellen soll, dass zum Beispiel Zinn, Wolfram, Tantal und Gold aus verantwortungsvollen und konfliktarmen Quellen bezogen werden, sowie die Holzhandelsverordnung, die den Handel mit illegalem Einschlag unterbindet.

Doch trotz aller gesetzlichen Regelungen: Die internationalen Lieferketten sind heute so komplex, dass eine lückenlose Überwachung nahezu unmöglich ist. Das gilt insbesondere für Deutschland, das wie kein anderes großes Industrieland in den internationalen Handel integriert ist:

## Das gesamte deutsche Handelsvolumen belief sich 2019 auf 89 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Rund vier Fünftel entfallen dabei auf den Warenhandel.

Die internationale Arbeitsteilung hat erhebliche Vorteile für die beteiligten Länder – auch und gerade für Entwicklungs- und Schwellenländer. In Tunesien zum Beispiel entstehen mehr als 15 Prozent der Wertschöpfung durch die Nachfrage aus der EU, in Kasachstan und Marokko sind es jeweils über 10 Prozent.

In vielen dieser Entwicklungs- und Schwellenländer liegen die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften jedoch im Argen (Grafik):

## Russland zum Beispiel liegt im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International auf

## Platz 129 von 180 Ländern – genau 120 Plätze hinter Deutschland.

Werden nun die Unternehmen aus der EU verpflichtet, ihre gesamte Lieferkette auf den Prüfstand zu stellen, zu dokumentieren und gegebenenfalls nachzubessern, entstehen ihnen enorme administrative Kosten – eine Verbesserung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen vor Ort aber können sie dadurch sicherlich nicht erreichen.

Das Ergebnis wäre eine erhebliche Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition, die im Zweifelsfall auch zu einer Verdrängung durch Unternehmen aus anderen Ländern führen kann. Zu denken ist dabei vor allen an Investoren aus China, die sich weniger darum kümmern, wie es um die Rahmenbedingungen ihrer Handelspartner bestellt ist. Die zusätzliche Bürokratie würde also wie ein Handelshemmnis wirken und die Importe aus Entwicklungs- und Schwellenländern beeinträchtigen.

Und nicht nur das: Das Engagement westlicher Unternehmen ist auch mit einem verbesserten Zugang der Entwicklungs- und Schwellenländer zu modernen Technologien verbunden, unter anderem im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes. Zudem beeinflussen europäische Unternehmen die Produkt- und Produktionsstandards vieler Länder positiv, denn sie sind aufgrund der hohen Standards und dem in der EU geltenden Vorsichtsprinzip darauf angewiesen, ein Mindestmaß an Qualität bei aus Drittländern importierten Waren zu garantieren. All diese positiven Aspekte würde ein zu strenges Lieferkettengesetz zur Disposition stellen.

Die Situation ist also ziemlich vertrackt. Sicher ist, dass es sich bei den deutschen Regelungen um ein Handelshemmnis handelt, deshalb widerspricht der nationale Alleingang den Prinzipien des Binnenmarktes

## Entwicklungs- und Schwellenländer: Die EU sorgt für Wertschöpfung

So viel Prozent der Bruttowertschöpfung dieser Länder gingen 2015 auf die Endnachfrage in Deutschland und der EU zurück

	Deutschland	Übrige EU	Platz im Korruptionswahrnehmungsindex
Tunesien	2,0	13,0	69
Kasachstan	1,7	8,4	94
Marokko	0,9	9,2	86
Singapur	2,5	6,8	3
Russland	2,2	6,7	129
Türkei	2,1	4,9	86
Vietnam	1,3	3,5	104
Costa Rica	0,9	3,5	42
Thailand	1,0	3,0	104
Saudi-Arabien	0,5	3,5	52
Kambodscha	0,8	2,9	160
Malaysia	1,0	2,6	57
Taiwan	1,0	2,5	78
Südafrika	1,0	2,3	69
Hongkong	0,8	2,3	11
Peru	0,5	1,8	94
China	0,5	1,7	78
Indien	0,5	1,7	86
Philippinen	0,6	1,5	115
Kolumbien	0,4	1,5	92
Brasilien	0,4	1,3	94
Indonesien	0,4	1,2	102
Argentinien	0,3	1,1	78
Brunei	0,3	1,0	35
Mexiko	0,2	0,9	124

Korruptionswahrnehmungsindex: Index mit 180 Ländern (Platz 1 = am wenigsten Korruption)

Quellen: OECD, Transparency International, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

und ist der falsche Weg. Eine EU-weite Lösung ist besser, denn sie würde immerhin für weniger Wettbewerbsverzerrungen sorgen. Allerdings muss die EU die Komplexität der internationalen Lieferketten im Auge behalten und realistische Ziele anstreben.

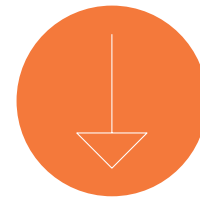
### IW-Policy Paper 5/2021

Galina Kolev, Adriana Neligan: Nachhaltigkeit in Lieferketten

[iwkoein.de/lieferketten](http://iwkoein.de/lieferketten)

# Brauchen wir ein strengeres Lieferkettengesetz?

## „Nein“,



sagt **Anne Lauenroth**,

stellvertretende Abteilungsleiterin Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt beim Bundesverband der Deutschen Industrie.

Für die deutsche Wirtschaft sind Menschenrechte nicht verhandelbar. Deutsche Unternehmen tragen mit ihrem Engagement in Entwicklungs- und Schwellenländern zu höheren Sozial- und Umweltstandards, besserer Bildung und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Sie sind als Arbeitgeber weltweit sehr geschätzt. Die ohne gebührende Beteiligung der betroffenen Stakeholder im Eilverfahren im Bundeskabinett verabschiedete Gesetzesvorlage zu einem nationalen Sorgfaltspflichtengesetz ist weder rechtssicher noch vollständig praktisch umsetzbar, noch wird sie Wirksamkeit vor Ort haben. Das hat drei Gründe:

Erstens lässt der Gesetzgeber die Unternehmen bei der Auslegung der Sorgfaltspflichten allein. So ist nicht erkennbar, wie ein deutsches Unternehmen in Ländern wie China, wo freie Gewerkschaften verboten sind, die im Gesetz geschützte Rechtsposition der Koalitionsfreiheit einhalten und durchsetzen soll. Möchte die Bundesregierung die Anerkennung höherer Rechtsnormen, muss sie dafür im Rahmen internationaler Vereinbarungen sorgen und darf das nicht auf die Unternehmen abwälzen.

Verbunden mit ebenfalls unklaren Sanktionen bereits bei einfacher Fahrlässigkeit entstehen für die Unternehmen unüberschaubare Rechtsrisiken. Die Gefahr ist groß, dass sie sich aus Kontexten mit prekären Menschenrechtssituationen zurückziehen und der Anspruch des Befähigens vor Rückzug nicht eingelöst werden kann. Entwicklungspolitisch wäre das fatal.

Zweitens sollten entgegen der bisherigen Einigung alle Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Denn der Gesetzentwurf verpflichtet sie zur vertraglichen Weitergabe entlang der Lieferkette. Damit werden kleine und mittlere Unternehmen über Gebühr belastet. Gerade sie haben aber aufgrund geringerer Ressourcen und Marktmacht wenig Einflussmöglichkeiten vor Ort. Aber auch einige große Unternehmen werden aufgrund komplexer Lieferketten mit teilweise 100.000 direkten Zulieferern vor große Herausforderungen gestellt. Drittens – und das ist am wichtigsten – fehlt die entscheidende Rolle der Politik, damit ein solches Gesetz überhaupt funktionieren kann. Für den Import von allein vier Mineralien betreiben zum Beispiel die Europäische Kommission und die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe im Rahmen der Konfliktmineralienverordnung einen enormen Aufwand, um die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in diesem Bereich umsetzbar zu machen. Auch einschlägige Brancheninitiativen werden anerkannt. Der Entwurf zum Sorgfaltspflichtengesetz lässt dies vermissen.

Sowohl auf deutscher als auch europäischer Ebene stellen sich also fundamentale Fragen nach der Ausgestaltung der Regelungen zu unternehmerischer Sorgfaltspflicht in der Lieferkette. Damit diese auf dem Weg zu einem globalen Level Playing Field überhaupt funktionieren, braucht es Rechtssicherheit, praktische Umsetzbarkeit und den Fokus auf die Wirksamkeit vor Ort.

**Pro und Kontra.** In Deutschland soll ab 2023 ein neues Lieferkettengesetz gelten, das hat das Bundeskabinett gerade beschlossen. Doch die EU ist schon dabei, die Unternehmen auf noch strengere Vorgaben zu verpflichten.

„Ja“,



sagt **Johanna Kusch**,  
Koordinatorin der Initiative Lieferkettengesetz.



Das Paradigma der Freiwilligkeit unternehmerischer Verantwortung ist in Deutschland gescheitert: Nur ein kleiner Teil der Unternehmen kommt seiner menschenrechtlichen Verantwortung ausreichend nach. Das belegt zuletzt eine 2020 veröffentlichte Unternehmensbefragung im Auftrag der Bundesregierung. Deswegen ist es nur folgerichtig, dass die Bundesregierung von diesem Paradigma abbrückt. Ihr Entwurf für ein Lieferkettengesetz hat Lücken – klar ist aber: Sorgfaltspflichten gelten nicht nur auf dem Papier. Fortan werden sie behördlich kontrolliert und Nichteinhaltung wird sanktioniert. Mit Blick in die Zukunft tut die Bundesregierung der deutschen Wirtschaft einen großen Gefallen damit, sie zum Jagen zu tragen. Denn: Die internationalen Anforderungen an Unternehmen in Sachen Sorgfalt steigen kontinuierlich. Andere europäische Länder haben bereits entsprechende Gesetze eingeführt. Ein EU-Lieferkettengesetz steht vor der Tür. Und der Finanzmarkt erwartet zunehmend strengere Belege für eine nachhaltige Geschäftsführung – zuletzt machte der weltgrößte Vermögensverwalter BlackRock entsprechende Ankündigungen. Unternehmen, an denen BlackRock Anteile hält, sollen darlegen, wie sie Menschenrechtsverletzungen verhindern wollen und wie ihre Maßnahmen wirken. Mit dem Lieferkettengesetz müssen sich deutsche Unternehmen nun endlich ernsthaft mit ihren Sorgfaltspflichten befassen. Die langen Übergangsfristen helfen denen, für die das Neuland ist. Die anderen erhalten durch das Gesetz Rückendeckung. Denn das Gesetz stellt

klar: Wegschauen bei Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette soll kein Wettbewerbsvorteil mehr sein. Diese klare Haltung sollte auch einer EU-Regelung zugrunde liegen. Sie schafft Anreiz für Veränderungen – zum Beispiel auch gegenüber Unternehmen aus China. Schon 2024 könnte ein EU-Lieferkettengesetz in Kraft sein. Und vieles deutet darauf hin, dass es in zentralen Punkten über den deutschen Entwurf hinausgeht: mehr Sorgfaltspflicht entlang der Wertschöpfungskette, mehr Umwelt- und Klimaaspekte, mehr Haftung. Gut so, denn in diesen Vorschlägen findet sich ein zentraler Ansatz der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wieder, der im deutschen Gesetzentwurf fehlt: Unternehmen sollen dort aktiv werden, wo menschenrechtliche Probleme liegen. Das schützt gezielt die Menschen vor Ort – und es schützt die Unternehmen vor nicht zielführenden Tätigkeiten. Der deutsche Gesetzentwurf greift hier zu kurz: Wenn sich Unternehmen erst einmal nur um direkte Zulieferer kümmern, ändert sich tiefer in der Lieferkette zu wenig – obwohl dort die eigentlichen menschenrechtlichen Probleme liegen. Belegt ist zudem: Gesetze mit einer Haftung – wie von der EU geplant – wirken besser als solche mit bloßen Berichtspflichten, denn Unternehmen nehmen tiefgreifendere Veränderungen vor. Wichtig ist dabei, diese Haftung zu verstehen: Unternehmen schulden keinen Erfolg im Sinne einer kinderarbeitsfreien Lieferkette. Sie schulden ein angemessenes Bemühen um Sorgfalt.

# Im Wechselbad der Pandemie

**IW-Konjunkturprognose.** Während sich in Ländern wie China oder den USA bereits eine deutliche Erholung der Wirtschaft abzeichnet, hält die Pandemie die Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland noch fest im Griff. Nach einem Rückgang um knapp 5 Prozent im Jahr 2020 wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um etwa 3 Prozent zulegen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie treffen die deutsche Wirtschaft hart. Doch anders als im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 zeichnet sich derzeit eine zunehmende Spaltung ab: So herrscht in großen Teilen des Dienstleistungssektors seit mehr als einem Vierteljahr nahezu Stillstand – und eine konkrete Öffnungsperspektive, die auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hoffen ließe, ist nicht in Sicht.

Gleichzeitig sorgt die relativ gute Lage auf vielen Weltmärkten aber

dafür, dass sich die deutsche Industrie weiter erholt. Nachdem das Verarbeitende Gewerbe mit einem Rückgang von 23 Prozent im zweiten Quartal 2020 am stärksten innerhalb des Branchengefüges getroffen wurde, konnte die Produktionslücke im Schlussquartal auf knapp 6 Prozent vermindert werden.

Im Vergleich mit früheren Industriekrisen ist das Erholungstempo beim Welthandel insgesamt beeindruckend: Nach nur einem halben Jahr erreichten die globalen Einfuh-

ren nach ihrem Einbruch um 13 Prozent im Frühjahr 2020 wieder das Niveau vom Jahresanfang. Zum Vergleich: Der nur um 5 Prozentpunkte stärkere Rückgang beim Weltimport nach der Finanzmarktkrise 2008/2009 konnte erst nach 20 Monaten ausgeglichen werden.

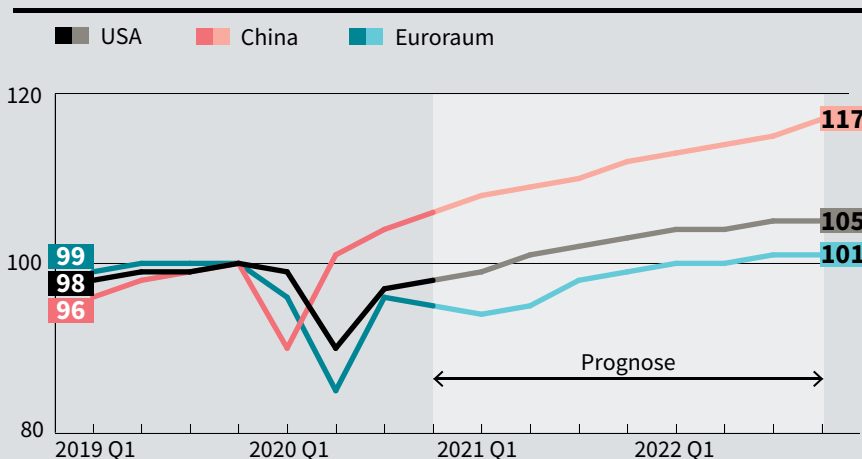
Die wirtschaftliche Erholung verläuft aber nicht überall im gleichen Tempo (Grafik).

**USA.** Auch dank des historisch größten Konjunkturpakets zeichnet sich eine rasche Erholung der US-Wirtschaft ab. Vor dem witterungsbedingten Rückgang im Februar 2021 verbuchten die Einzelhandelsumsätze im Januar mit 7,6 Prozent den dritthöchsten Anstieg seit Beginn der 1990er Jahre. Zudem haben die USA eine der höchsten Impfraten weltweit, was für wachsende Zuversicht unter Verbrauchern und Unternehmen sorgt. Somit ist davon auszugehen, dass die Wirtschaftsleistung der USA ihr Vorkrisenniveau schon zu Beginn des zweiten Quartals 2021 erreichen und Anfang des Jahres 2022 wieder dem Vorkrisenwachstumspfad folgen wird.

**China.** Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt hat das Vorkrisenniveau bereits im zweiten Quartal 2020 erreicht. Dank niedriger Infek-

## Wirtschaftliche Dynamik: Die EU hinkt hinterher

Preis- und saisonbereinigtes Bruttoinlandsprodukt, 4. Quartal 2019 = 100



Quelle: Bureau of Economic Analysis; Eurostat; Oxford Economics/Haver Analytics; Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

tionszahlen und einer flächendeckenden Teststrategie dürfte sich dieser Trend fortsetzen, sodass Chinas Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2021 um 9 Prozent zulegen wird. Nach dieser hohen Schlagzahl und auch wegen einiger ungelöster Handelskonflikte wird sich die Wirtschaftsleistung 2022 um etwa 5 Prozent erhöhen.

**EU.** Ganz anders ist die Lage in Europa. In zahlreichen EU-Ländern läuft eine dritte Infektionswelle, so dass keine vollständige Öffnung des wirtschaftlichen Lebens möglich ist. Vor Ende des zweiten Quartals ist also nicht mit einer deutlichen Erholung zu rechnen. Für das gesamte Jahr 2021 ist deshalb nur von einem Anstieg des BIP um  $3\frac{3}{4}$  Prozent auszugehen – nach dem Einbruch um 6,8 Prozent im vergangenen Jahr. Im Jahr 2022 wird das Wirtschaftswachstum etwa 4 Prozent betragen.

Zwar bleibt die weitere Entwicklung der Pandemie – gerade mit Blick auf die langsame Impfkampagne in Deutschland – ungewiss. Dennoch spricht der anziehende Welthandel dafür, dass auch die deutsche Wirtschaft bald auf den Wachstumspfad zurückkehren wird (Grafik):

**Nach einem Rückgang um knapp 5 Prozent im vergangenen Jahr wird das reale BIP 2021 um etwa 3 Prozent zulegen.**

Weitere Ergebnisse der IW-Konjunkturprognose im Einzelnen:

**Konsum.** Nach dem Rückgang um gut 6 Prozent im vergangenen Jahr wird der Konsum 2021 stagnieren. Das liegt am erneuten Nachfragerückgang im ersten Quartal 2021 und der verzögerten Erholung im zweiten Quartal infolge anhaltender Schließungen. Auch der erwartete kräftige Nachholbedarf im zweiten Halbjahr 2021 wird nicht ausreichen, die Jahresbilanz ins Plus zu bringen.

**Investitionen.** Der starke Abschwung hat vor allem die Investitio-

nen in neue Maschinen und Produktionsanlagen getroffen – hier steht für 2020 ein Minus von 12 Prozent in den Büchern. Mit der für das zweite Halbjahr 2021 erwarteten Erholung werden die Investitionen zwar kräftig anziehen. Der durchschnittliche Zuwachs von  $6\frac{1}{2}$  Prozent wird allerdings nicht ausreichen, um die Lücke aus dem Vorjahr zu füllen. Dies wird erst im Jahr 2022 gelingen, für das ein Zuwachs von mehr als 10 Prozent in Aussicht steht.

**Außenhandel.** Die Weltwirtschaft hat wieder an Fahrt aufgenommen, was die deutschen Exporte beflügelt. Deshalb ist im laufenden Jahr ein Wachstum der realen Ausfuhren von  $9\frac{1}{2}$  Prozent drin. Die Importe werden wegen der schwachen Konsum- und Reisenachfrage 2021 mit knapp

7 Prozent weniger stark zulegen zu als die Exporte.

**Arbeitsmarkt.** Die Corona-Krise trifft den deutschen Arbeitsmarkt weitaus heftiger als die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009. Der steigende Anteil Langzeitarbeitsloser erschwert den schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit. So wird die Zahl der Arbeitslosen auf knapp 2,8 Millionen im Jahresdurchschnitt 2021 steigen und erst 2022 auf knapp 2,6 Millionen sinken – und damit das Vorkrisenniveau nicht erreichen können.

## IW-Prognose für Deutschland 2021 und 2022

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022
<b>Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Erwerbstätige	-1,1	0	$\frac{1}{4}$
Arbeitslosenquote	5,9	6	$5\frac{1}{2}$
Arbeitsvolumen	-4,7	2	$1\frac{3}{4}$
Produktivität	-0,2	1	$2\frac{1}{4}$
Bruttoinlandsprodukt	-4,9	3	4
<b>Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Private Konsumausgaben	-6,1	0	$6\frac{3}{4}$
Konsumausgaben des Staates	3,3	2	1
Anlageinvestitionen	-3,1	$2\frac{3}{4}$	$4\frac{1}{2}$
– Ausrüstungen	-12,1	$6\frac{1}{2}$	10
– Sonstige Anlagen	-1,1	3	3
– Bauten	1,9	$\frac{1}{2}$	2
Inlandsnachfrage	-4,2	$1\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}$
Export	-9,4	$9\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Import	-8,5	7	8
<b>Preisentwicklung</b>			
Verbraucherpreise	0,5	$1\frac{3}{4}$	$1\frac{1}{2}$
<b>Staatshaushalt</b>			
Finanzierungssaldo	-4,2	$-4\frac{3}{4}$	-3

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

### Aus IW-Trends 1/2021

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur: Gespaltene Wirtschaft im Wechselbad der Pandemie – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2021  
[iwkoeln.de/konjunkturprognose-fruehjahr-2021](http://iwkoeln.de/konjunkturprognose-fruehjahr-2021)

# Kommt Zeit, kommt Integration

**Zuwanderung.** Deutschland macht beim Thema Integration deutliche Fortschritte. Migranten der zweiten Generation – also jene, die hier geboren sind – haben sich zudem wesentlich besser integriert als ihre Eltern. Bei den Befunden gibt es größere Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen.

Clan-Kriminalität, illegale Autorennen, Sozialbetrug: Ginge es nach den Schlagzeilen der Boulevardmedien, wäre es mit der Integration von Migranten in Deutschland nicht weit her.

Doch diese Meldungen eignen sich naturgemäß nicht, um die Frage qualifiziert zu beantworten, inwiefern Zuwanderer in Deutschland wirklich angekommen sind,



## INTEGRATION

### Integration von Migranten: In der Summe erfolgreich

So viel Prozent der jeweiligen Migrantengruppe ...

	Erste Generation				Zweite Generation			
	2003	2008	2013	2018	2003	2008	2013	2018
... sehen sich als Deutsche	40		54	50			76	75
... haben in den letzten zwölf Monaten mindestens einmal Deutsche besucht oder Besuch von Deutschen empfangen		89	89	91		97	97	95
... haben einen nicht migrantisch geprägten Freundeskreis				56				77
... besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit	42	44	46	33	52	53	77	78
... sprechen sehr gut deutsch	31	30	36	33		79	88	90
... können gut auf Deutsch schreiben	49	53	61	58		93	96	98
... fühlen sich nicht benachteiligt	54	55	56	64		63	63	71
... haben einen Hochschulabschluss	18	17	24	26	12	18	27	30
... haben keinen berufsqualifizierenden Abschluss	30	31	33	37	21	18	18	16
<b>... sind erwerbstätig</b>	<b>63</b>	<b>67</b>	<b>72</b>	<b>72</b>	<b>71</b>	<b>77</b>	<b>76</b>	<b>81</b>
Differenz zu Einheimischen in Prozentpunkten	-9	-11	-8	-12	-1	-1	-4	-3
Differenz unter sonst gleichen Bedingungen in Prozentpunkten	-5	-6	-4	-8	-1	2	-3	-3
<b>Bruttostundenlohn in Euro</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>17</b>	<b>17</b>	<b>17</b>	<b>18</b>	<b>21</b>
Differenz zu Einheimischen	-2	-2	-3	-4	-1	-1	-1	-1
Differenz unter sonst gleichen Bedingungen	-1	-2	-2	-2	1	0	1	1

Erste Generation: Personen mit Migrationshintergrund, die selbst nicht in Deutschland geboren wurden; zweite Generation: in Deutschland geborene Personen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil; Migrationshintergrund: Die Person selbst oder mindestens ein Elternteil besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt; sonst gleiche Bedingungen: z. B. bezüglich fachlicher Qualifikation und Alter



sich also umfassend integrieren konnten – und wollten. Allerdings ist es nicht leicht, ein objektives Bild vom Stand der Integration zu erhalten. Schließlich ist schon die simple Frage, wann jemand als integriert gilt, kaum eindeutig zu beantworten. Mit einer groß angelegten Studie hat das IW nun trotzdem versucht, den Integrationsfortschritt in Deutschland umfassend zu analysieren. Dabei wurde eine Vielzahl von Indikatoren herangezogen, um ein möglichst präzises Bild zu erhalten.

So nutzt die Studie Befragungsergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels. Darin wurde zum Beispiel gefragt, ob sich ein Migrant als Deutscher sieht oder nicht und ob der Freundeskreis migrantisch geprägt ist oder Freundschaften mit Deutschen dominieren. Aber auch Faktoren wie Staatsangehörigkeit, Deutschkenntnisse,

Stundenlohn und Studien- oder Berufsabschluss fließen in die Bewertung des Integrationsfortschritts ein.

Als Person mit Migrationshintergrund gilt jemand dann, wenn die- oder derjenige selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Im Jahr 2019 galt das für immerhin 26 Prozent der Bürger in Deutschland, bei den unter Fünfjährigen lag der Anteil – auch durch die Flüchtlingsmigration begründet – sogar über 40 Prozent.

Zudem werden zwei Zuwanderergenerationen getrennt voneinander betrachtet:

**Erste Generation:** Dazu zählen all jene Personen mit Migrationshintergrund, die selbst im Ausland geboren

Fortsetzung



## Migranten aus der Türkei: Viele noch nicht umfassend integriert

So viel Prozent der türkischstämmigen Migranten in Deutschland ...

	Erste Generation				Zweite Generation	
	2003	2008	2013	2018	2013	2018
... sehen sich als Deutsche	20		25	41	59	64
... haben in den letzten zwölf Monaten mindestens einmal Deutsche besucht oder Besuch von Deutschen empfangen		75	75	86	94	87
... haben einen nicht migrantisch geprägten Freundeskreis				36		46
... besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit	13	16	26	18	53	61
... sprechen sehr gut deutsch	14	18	24	25	84	82
... können gut auf Deutsch schreiben	31	37	47	47	95	98
... fühlen sich nicht benachteiligt	46	44	41	42	29	38
... haben einen Hochschulabschluss	6	6	6	6	14	17
... haben keinen berufsqualifizierenden Abschluss	56	57	60	60	34	33
<b>... sind erwerbstätig</b>	<b>49</b>	<b>53</b>	<b>62</b>	<b>70</b>	<b>70</b>	<b>72</b>
Differenz zu Einheimischen in Prozentpunkten	-23	-25	-18	-14	-10	-12
Differenz unter sonst gleichen Bedingungen in Prozentpunkten	-18	-20	-13	-9	-8	-12
<b>Bruttostundenlohn in Euro</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>14</b>	<b>16</b>	<b>16</b>	<b>18</b>
Differenz zu Einheimischen	-2	-2	-4	-5	-2	-3
Differenz unter sonst gleichen Bedingungen	-1	-3	-2	-2	0	1

Erste Generation: Personen mit Migrationshintergrund, die selbst nicht in Deutschland geboren wurden; zweite Generation: in Deutschland geborene Personen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil; Migrationshintergrund: Die Person selbst oder mindestens ein Elternteil besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt; sonst gleiche Bedingungen: z. B. bezüglich fachlicher Qualifikation und Alter

wurden und später nach Deutschland gekommen sind, beispielsweise als Arbeitsmigranten oder Flüchtlinge.

**Zweite Generation:** Das sind alle in Deutschland geborenen Personen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil.

Darüber hinaus bezieht sich die Studie ausschließlich auf Erwachsene im erwerbsfähigen Alter.

Betrachtet man zuerst alle Zuwanderergruppen gemeinsam, ist der Befund eindeutig (Grafik Seite 8):

**Die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund aus der ersten Generation fühlte sich 2018 als Deutsche, 15 Jahre zuvor waren es nur 40 Prozent. Von der zweiten Generation fühlen sich sogar drei Viertel deutsch.**

Auch andere Indikatoren weisen in diese Richtung. So stieg der Anteil der Personen mit mindestens guter Schreibkompetenz in der zweiten Generation binnen zehn Jahren um 5 Prozentpunkte. Und 64 Prozent der ersten sowie 71 Prozent der zweiten Generationen sahen sich 2018 in Deutschland nicht mit Benachteiligungen konfrontiert.

**Auf dem deutschen Arbeitsmarkt verdienen Zuwanderer der zweiten Generation – unter sonst gleichen Bedingungen wie etwa der fachlichen Qualifikation und dem Alter – sogar mehr als Personen ohne Migrationshintergrund.**

Dass einige Kenngrößen von 2013 bis 2018, also im kurzfristigeren Vergleich, leicht rückläufig sind, sollte nicht irritieren – in diesen Zeitraum fällt die starke Zuwanderung von Flüchtlingen, die Deutschland vor neue Herausforderungen gestellt hat.

Diese Entwicklung sowie der Zuzug von Personen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten in den 2010er Jahren erklären zusammen auch, weshalb 2013 noch 46 Prozent der Migranten der ersten Generation die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen und das im Jahr 2018 nur noch für 33 Prozent galt.

Durch die Herausforderungen der Flüchtlingsintegration haben die Zuwanderer insgesamt mit Blick auf die Erwerbstätigkeit gegenüber den Einheimischen an Boden verloren.

Neben der Arbeitsmarktintegration gibt es indes weitere Herausforderungen bei anderen Zuwanderergruppen:

• **Bei Zuwanderern aus der Türkei** zeigt sich ein gemischtes Bild (Grafik Seite 9):

**Rund 36 Prozent der ersten Generation von Migranten aus der Türkei haben in Deutschland einen**

**nicht migrantisch geprägten Freundeskreis, in der zweiten Generation liegt der Anteil mit 46 Prozent etwas darüber.**

Auch beim Zugang zum Arbeitsmarkt sind türkischstämmige Einwohner beider Generationen noch ein gutes Stück von Einheimischen entfernt. Der Anteil jener, die nach eigenen Angaben in Deutschland keine Benachteiligung erfahren, ist bei Personen mit türkischen Wurzeln von der ersten zur zweiten Generation sogar weiter gesunken – von ohnehin niedrigen 42 Prozent auf lediglich 38 Prozent.

• **Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten** sahen sich 2018 zwar zu zwei Dritteln als Deutsche und 72 Prozent hatten sogar die deutsche Staatsbürgerschaft. Insgesamt stimmten jedoch nur 47 Prozent der Aussage zu, dass ihr Freundeskreis nicht migrantisch geprägt ist.

Zudem waren die Lage dieser Bevölkerungsgruppe auf dem Arbeitsmarkt schlechter und ihre Einkommen niedriger als bei Personen ohne Migrationserfahrung. Und das, obwohl sie durchschnittlich über einen relativ hohen Bildungsstand verfügen.

Für die anderen Migrantengruppen – Zuwanderer aus Südeuropa, aus Westeuropa, vom westlichen Balkan und aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten – fällt die Integrationsbilanz gut bis sehr gut aus.

Einzig bei der Staatsangehörigkeit und der Selbstsicht als Deutsche bleiben diese Personengruppen hinter anderen Zuwanderern zurück. Doch dies dürfte auf das Selbstverständnis als Europäer zurückzuführen sein, wodurch die Entscheidung für einen einzelnen Nationalstaat keinen hohen Stellenwert mehr hat.

Angesichts dieser Ergebnisse befindet sich Deutschland beim Thema Integration offenbar auf dem richtigen Weg. Allerdings gibt es mit Blick auf einzelne Zuwanderergruppen durchaus Handlungsbedarf. Die Politik sollte nicht den Fehler machen, Menschen mit Migrationshintergrund vornehmlich pauschale Angebote zu machen. Denn die taugen selten dazu, die Situation nachhaltig zu verbessern (siehe Kommentar Seite 11).

71

Prozent

*der Zuwanderer der zweiten Generation erleben in Deutschland keine Benachteiligungen, bei türkischstämmigen gilt das nur für 38 Prozent.*

#### IW-Report 8/2021

Wido Geis-Thöne: Der Stand der Integration in Deutschland

[iwkoeln.de/integrationsstand](http://iwkoeln.de/integrationsstand)

**Kommentar.** Deutschland ist bei der Integration auf einem guten Weg – allen Unkenrufen zum Trotz. Dennoch gibt es bei einigen Migrantengruppen Luft nach oben, sagt IW-Integrationsforscher **Wido Geis-Thöne**. Er fordert von Politik und Gesellschaft zielgerichtete Unterstützung.



Foto: IW Medien

## „Integration ist nicht allein eine Bringschuld der Zuwanderer und ihrer Nachfahren“

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Was für uns heute eine verhältnismäßig triviale Feststellung ist, wurde bis in die 2000er Jahre hinein von der Politik teilweise vehement verneint.

Die Asylpolitik in den 1990er Jahren zielte noch darauf ab, Geflüchtete möglichst lange von Arbeitsmarkt und Bildungssystem fernzuhalten. Sie sollten in Deutschland keine Wurzeln schlagen, sondern freiwillig ausreisen. Dass dieser Ansatz nicht nur ethisch problematisch ist, sondern auch zu gesellschaftlichen Fehlentwicklungen führt, ist inzwischen hinlänglich bekannt.

Daher wurde während des starken Zuzugs von Geflüchteten in den 2010er Jahren zunehmend eine andere Strategie verfolgt, bei der auf eine frühe Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft gesetzt wurde. Dies ist der richtige Weg. Denn es gilt: Je länger sich Zuwande-

rer hierzulande ohne eine gezielte Integrationsförderung aufhalten, desto eher finden sie sich mit ihrer Situation ab. Erhalten sie erst sehr spät Zugang zu Förderangeboten, ist ihre Motivation häufig entsprechend geringer und die Förderung läuft schnell ins Leere.

Das bedeutet allerdings nicht, dass sich eine Integrationsförderung für jene Zuwanderer, die sich bereits seit längerem im Land aufhalten, sowie ihre Kinder nicht lohnt.

Ganz im Gegenteil brauchen diese Personen ebenfalls gezielte Unterstützung. Allerdings müssen die Angebote an dieser Stelle deutlich niedragschwelliger und weniger zeitintensiv sein, um den Zugang zu erleichtern.

Wird das Thema Integration im öffentlichen Diskurs aufgegriffen, geht es oft nur um die Geflüchteten. Wie meine IW-Studie zu diesem Thema zeigt, haben jedoch auch viele andere Zuwanderergruppen an der

einen oder anderen Stelle Unterstützungsbedarfe. Gleichzeitig wird vielfach pauschal von Personen mit Migrationshintergrund gesprochen, worunter auch Kinder der zweiten Generation fallen, die diese Unterstützung gar nicht benötigen.

Damit Integrationsmaßnahmen effektiv und effizient sein können und ihr Erfolg überprüfbar wird, muss jedoch klar sein, an welche Zielgruppen sie sich konkret richten. Sinnvoll ist meist ein bedarfsorientiertes Vorgehen. So sollten sich beispielsweise Deutschkurse am Sprachstand orientieren.

Darüber hinaus ist immer im Blick zu halten, dass Integration nicht allein eine Bringschuld der Zuwanderer und ihrer Nachfahren ist. Auch unterstützende Maßnahmen zu ihrer Integration reichen nicht aus. Vielmehr müssen auch jene Personen in Deutschland ohne migrantisches Wurzeln offen sein und sich auf die Zuwanderer zubewegen.

# Die Lücke schließen

**Staatsfinanzen.** Bund, Länder und Gemeinden wären gut beraten, ihre Investitionen zu intensivieren – nicht zuletzt, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzufedern. Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland trotz wachsender staatlicher Einnahmen bei den investiven Ausgaben hinterher.

Damit die deutsche Wirtschaft möglichst schnell wieder aus der Corona-Krise kommt, hat die Bundesregierung im Juni 2020 ein umfangreiches Konjunkturpaket auf den Weg gebracht. Neben kurzfristigen Hilfen sollen mittelfristig angelegte Wachstumsprogramme wie der EU-Wiederaufbaufonds oder mehr Investitionen des Bundes dazu beitragen, die Folgen der Corona-Krise abzuschwächen.

Die erhöhten Investitionsausgaben sind jedoch nicht nur aus krisenbedingter Sicht wichtig. Aktuell sieht sich die Bundesrepublik mit gleich einer Reihe an transformatorischen Aufgaben konfrontiert: Die Dekarbo-

nisierung soll vorangetrieben werden, die zunehmende Digitalisierung erfordert den Ausbau von Kommunikationsnetzen und Internetleitungen, das Alter und der Zustand der Verkehrsinfrastruktur offenbaren ebenfalls hohe Investitionsbedarfe. Zahlreiche Institutionen, darunter der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, sprechen sich deshalb bereits seit Jahren für eine deutliche Erhöhung der staatlichen Investitionen aus.

Die Dringlichkeit einer solchen Offensive ergibt sich schon daraus, dass die Bundesrepublik auf eine lange Phase unzureichender öffent-

licher Investitionstätigkeit zurückblickt: Zwar lag das preisbereinigte Bruttoanlagevermögen des Staates im Jahr 2019 rund 14 Prozent höher als zur Jahrtausendwende, das der Gemeinden – immerhin Hauptträger der öffentlichen Investitionen – stieg im gleichen Zeitraum allerdings um lediglich 5 Prozent. Besonders stark zeigt sich die deutsche Investitionslücke im internationalen Vergleich (Grafik):

**Bei den Investitionsausgaben je Einwohner zwischen 2000 und 2017 liegt Deutschland EU-weit auf dem achtletzten Platz.**

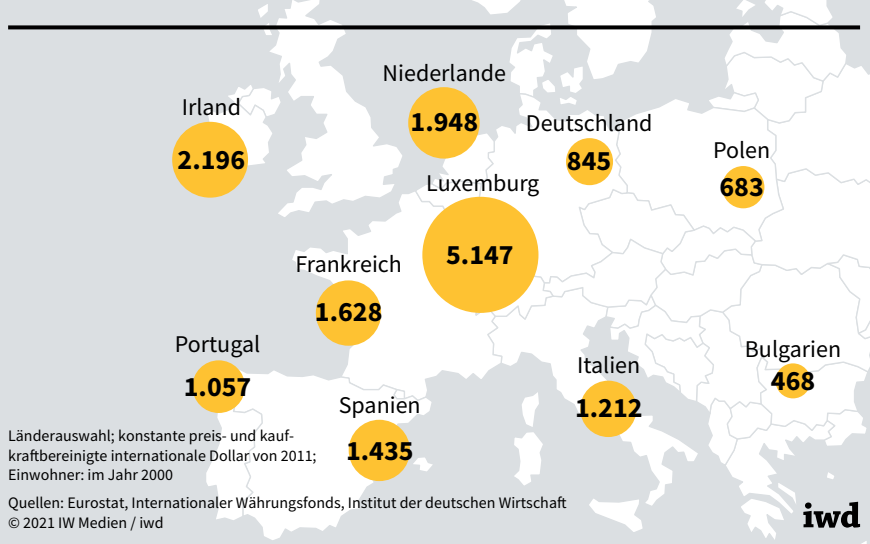
Preis- und kaufkraftbereinigt investierte die Bundesrepublik in diesem Zeitraum durchschnittlich 845 Dollar pro Jahr. Lediglich in einigen osteuropäischen Staaten wie Bulgarien, Rumänien, Polen oder Ungarn wurde noch weniger Geld in die Hand genommen.

Der Ländervergleich entkräftet auch das Argument, die deutsche Investitionszurückhaltung ließe sich mit einem hohen öffentlichen Kapitalbestand vor 2000 rechtfertigen: Staaten wie Italien oder Frankreich, die damals einen ähnlichen Pro-Kopf-Kapitalstock aufwiesen, investierten seit der Jahrtausendwende trotzdem deutlich mehr als die Bundesrepublik.

Das nötige Geld wäre da, der Blick auf den deutschen Staatshaushalt offenbart einige ungenutzte fiska-

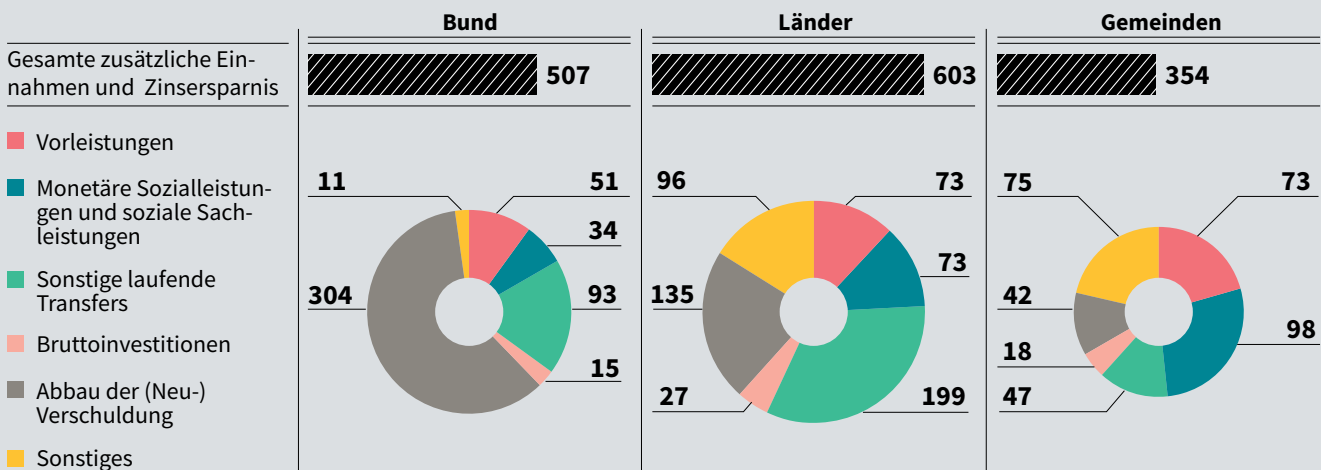
## Öffentliche Investitionen: Deutschland weit hinten

Jahresdurchschnittliche staatliche Investitionsausgaben je Einwohner im Zeitraum von 2000 bis 2017 in Dollar



## Spielräume nicht für Investitionen genutzt

Der deutsche Staat hat seine zusätzlichen Einnahmen und Zinersparnisse im Zeitraum 2012 bis 2019 für folgende Ausgaben verwendet, in Milliarden Euro



Vergleich zu 2011  
 Sonstige laufende Transfers: z. B. Transfers innerhalb des Staatssektors oder im Rahmen internationaler Zusammenarbeit; Sonstiges: z. B. Arbeitnehmerentgelte oder Vermögenstransfers  
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2021 IW Medien / iwd



liche Spielräume. Getrieben von einem beachtlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote bei den 20- bis 64-Jährigen in den vergangenen zehn Jahren von 75 auf mehr als 80 Prozent, lagen die gesamtstaatlichen Einnahmen aus Einkommen- und Vermögensteuern 2019 um rund die Hälfte über dem Niveau von 2011. Gleichzeitig sparte der Staat in diesem Zeitraum gut 204 Milliarden Euro bei Zinszahlungen.

Insgesamt kommt der öffentliche Gesamthaushalt nach einer Berechnung des IW im Vergleich zu 2011 nach Abzug binnenstaatlicher Transfers auf einen zusätzlichen fiskalischen Spielraum von rund 1,3 Billionen Euro. Die Investitionslücke wurde mit diesem Geld allerdings nicht geschlossen (Grafik):

**Zwischen 2012 und 2019 gaben Bund, Länder und Gemeinden zusammen 60 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen aus – das waren lediglich rund 4,5 Prozent der zusätzlich vorhandenen finanziellen Mittel.**

Während der Bund in diesem Zeitraum rund 60 Prozent seines zusätzlichen Spielraums für die Reduzierung der Neuverschuldung verwendete, nutzten die Bundesländer neben der Schuldentilgung den größten Teil für Transfers an die Gemeinden oder die Erhöhung von Arbeitnehmerentgelten. Die Gemeinden steckten etwas mehr als ein Viertel ihrer zusätzlichen Einnahmen in monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen.

Auf den ersten Blick nimmt die Bundesregierung auch zunehmend mehr Geld für Investitionen in die Hand, 2020 war es mit 50,3 Milliarden Euro rund ein Drittel mehr als im Vorjahr. Für dieses Jahr ist eine ähnlich starke Erhöhung auf rund 62 Milliarden Euro geplant.

Der Haken an der Sache: Diese erheblichen Zuwächse sind in großen Teilen dem Corona-Konjunkturpaket und den Maßnahmen zur Kompensation der Krise zuzurechnen und werden ab 2022 voraussichtlich wieder kleiner werden.

Zudem decken die aktuellen Erhöhungen der Bundesinvestitionen nur teilweise die strukturellen Bedarfe: Ein großer Teil davon setzt sich aus finanziellen Beteiligungen und Darlehen zusammen, die kaum eine zusätzliche Wachstumswirkung entfalten dürften (siehe iwd 25/2020).

Im internationalen Vergleich hat die aufstrebende Dynamik der vergangenen Jahre Deutschlands Position ebenfalls nur unwesentlich verbessert. Im Jahr 2019 investierte der deutsche Staat durchschnittlich 1.031 Euro je Einwohner – zwar rund ein Zehntel mehr als im EU-Schnitt, aber immer noch weniger als elf andere Länder der Union.

Um die Investitionslücke zu schließen, muss die grundsätzlich positive Entwicklung der letzten Jahre künftig noch stärker forciert werden. Neben Einsparungen an anderen Stellen können dafür angesichts der aktuellen Negativzinsen auch schuldenfinanzierte Investitionen ein probater Weg sein.

# Selten der eigene Boss

**Menschen mit Behinderung.** Ob Handwerksmeisterin, Physiotherapeut oder Webseitenentwickler – ohne Selbstständige wäre das Wirtschaftsleben in Deutschland kaum denkbar. Allerdings wagen Menschen mit Behinderung diesen Schritt deutlich seltener als Menschen ohne Behinderung.

Menschen mit Behinderung sollen die gleichen Chancen wie andere Menschen haben, am Erwerbsleben teilzuhaben – darin sind sich im Grundsatz alle einig. Ein Aspekt wird dabei aber sehr selten angesprochen: die Selbstständigkeit.

Eine Auswertung von Daten auf Basis des Mikrozensus zeigt (Grafik):

**7,6 Prozent aller Menschen mit einer Behinderung, die im Jahr 2017 einer Erwerbstätigkeit nachgingen, waren selbstständig – bei Menschen ohne Handicap lag der Anteil bei 10,6 Prozent.**

Wie kommt diese Diskrepanz zustande? Menschen mit Behinderung sind mindestens so innovativ wie Menschen ohne Behinderung – schließlich finden Behinderte für ihre alltäglichen Herausforderungen jeden Tag Lösungen, die von der Norm abweichen.

Tatsächlich können Menschen mit Behinderung in Deutschland auf zahlreiche Unterstützungsangebote wie beispielsweise technische Arbeitshilfen zurückgreifen, um am Arbeitsleben teilzuhaben. Doch viele dieser Angebote sind so ausgerichtet, dass Angestellte, Arbeiter und Beamte von ihnen mehr profitieren als Selbstständige: Bis zu fünf Tage mehr Urlaub im Jahr, die Freistellung von Mehrarbeit oder ein erweiterter Kündigungsschutz helfen einem deutlich mehr, wenn man angestellt und nicht sein eigener Boss ist.

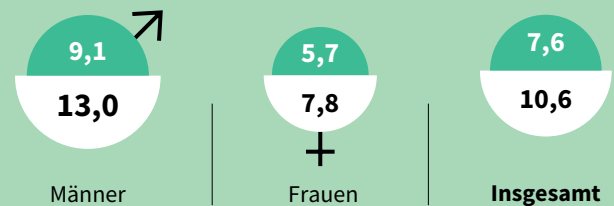
Es gibt zwar auch spezifische Unterstützung für Selbstständige mit Behinderung, aber bei den vergleichsweise wenigen Angeboten handelt es sich vorwiegend um Darlehen und Zinszuschüsse. Statistische Auswertungen des Mikrozensus zeigen außerdem: Je mehr die gegenwärtig gewährten staatlichen Unterstützungsleistungen in Anspruch genommen werden können, desto weniger Menschen mit Behinderung arbeiten als Selbstständige.

Dabei haben Menschen mit Behinderung, die als Selbstständige arbeiten, viele Vorteile:

## Menschen mit Behinderung: Nur jeder Dreizehnte ist Unternehmer

So viel Prozent der Erwerbstätigen ... in Deutschland waren 2017 selbstständig

■ ... mit Behinderung  
■ ... ohne Behinderung



Erwerbstätige: ohne Auszubildende

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

- flexible Arbeitszeiten, die dem eigenen Tempo und den individuellen Bedürfnissen angepasst werden können;
- ein Arbeitsklima, in dem sie selbst bestimmen, was sie sich zutrauen;
- die Chance, eigene Ideen zu realisieren und ihre Individualität als Unternehmer auszuleben.

Der Weg in die Selbstständigkeit müsste für Menschen mit Behinderung stärker vom Staat gefördert werden. Steuerliche Vorteile könnten helfen, die erste Zeit als Selbstständiger besser zu überstehen. In herausfordernden Phasen – etwa bei der Ersteinstellung neuer Mitarbeiter oder bei Veränderungen im Geschäftsmodell – könnten großzügigere Arbeitsassistenzen gewährt werden, um einen erhöhten zeitlichen Freiraum zu gewähren. Und Menschen in Behindertenwerkstätten könnten in Pilotversuchen dabei unterstützt werden, kleine Teile ihres Arbeitslebens als Selbstständiger zu gestalten.

# „Man braucht nicht nur Mut, sondern Übermut“



Foto: privat

**Interview.** **Joachim Schoss** war Unternehmensberater, Mitgründer von Immobilienscout24 und Gründer-CEO von Scout24, bevor er 2002 nur knapp einen Verkehrsunfall überlebte. Daraufhin gründete er die Stiftung MyHandicap, die ein Internetportal für Behinderte betreibt. Im Interview erklärt der 58-Jährige, warum sich so wenige Menschen mit Behinderung selbstständig machen.

## Sind Menschen mit Behinderung die begabteren Unternehmer?

Menschen mit Behinderung haben eine höhere Problemlösungskompetenz, weil sie im Alltag mit mehr Problemen konfrontiert sind,

doch ich glaube nicht unbedingt, dass sie deshalb auch die begabteren Unternehmer sind. Erfolgreiches Unternehmertum erfordert neben Kreativität viele andere Talente – und die bringen naturgemäß nicht alle Menschen im gleichen Maße mit.

## Warum machen sich hierzulande weniger Behinderte selbstständig als anderswo?

In Ländern, in denen die staatliche Unterstützung für Menschen mit Behinderung begrenzt ist, treibt sie die schiere Not in die Selbstständigkeit. Das ist zum Glück in Deutschland nicht der Fall. Allerdings führt bei uns schulische Exklusion direkt in die berufliche Exklusion. Die Chancen eines Kindes, das die Förderschule besuchen musste, sind auf dem ersten Arbeitsmarkt nachweisbar geringer. Ein guter Zeitpunkt für den Schritt in die Selbstständigkeit ist nach einer entsprechenden Ausbildung und vor der Familiengründung. Wenn sich in diesem Zeitfenster die Behinderung ereignet und der- oder diejenige noch nicht zu viele Verpflichtungen hat und überdies den nötigen Mut, vielleicht sogar Übermut mitbringt, dann könnte es mit der Selbstständigkeit klappen.

## Wieso Übermut?

Wenn sich alle Unternehmer im Moment der Gründung bewusst gewesen wären, worauf sie sich einlas-

sen, hätte ein großer Teil das Abenteuer wohl nicht gewagt. Meine Erfahrung ist, dass Behinderung eher demütig macht. Die Persönlichkeitsentwicklung und -veränderung durch eine Behinderung fördert nicht unbedingt den Übermut, sondern eher die Sicherheitsbedürfnisse.

## Sie waren 39, als Sie einen Arm und ein Bein verloren. Hätten Sie damals den erstmaligen Schritt in die Selbstständigkeit gewagt?

Wenn ich vorher Angestellter gewesen wäre, sicherlich nicht. Ich hatte damals drei kleine Kinder, da hätte ich alles getan, um meinen Lebensunterhalt und den der Familie zu sichern, das wäre in der Anstellung sicherlich einfacher gewesen.

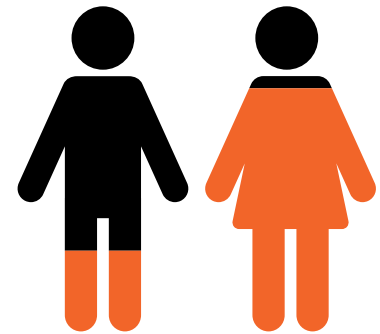
## Wie viele Menschen haben Sie mit Ihrer Stiftung auf dem Weg in die Selbstständigkeit unterstützt?

Darauf haben wir uns bisher nicht fokussiert. In Deutschland sehen wir größere Chancen darin, Menschen mit Behinderung aus der Arbeitslosigkeit in eine Anstellung zu bringen als in eine selbstständige oder unternehmerische Tätigkeit. In diesem Bereich haben wir schon Tausenden von Menschen wieder in Lohn und Brot geholfen mit Aktivitäten wie „Jobs für Behinderte, Behinderte für Jobs“. Unsere Hilfen zur Selbsthilfe erreichen jedes Jahr mehrere Millionen Menschen über unsere Website.

## Impressum



**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Florian Janssen, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - Telefon: 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

**Zahl der Woche****Knapp 25 Prozent**

des Elterngelds, das in Deutschland im Jahr 2020 ausgezahlt wurde, gingen an Väter. Insgesamt erhielten im vergangenen Jahr rund 1,9 Millionen Frauen und Männer diese staatliche Familienleistung, die fehlendes Einkommen ausgleicht, wenn Eltern ihre Kinder selbst betreuen. Der Anteil der Väter an allen Elterngeldbeziehern erhöhte sich gegenüber 2019 um 1,4 Prozentpunkte auf 24,8 Prozent. Damit hat sich auch 2020 ein Trend fortgesetzt: Im Jahr 2015 bezogen noch weniger als 21 Prozent der jungen Väter Elterngeld. Besonders hoch ist ihr Anteil mit 30 Prozent in Sachsen sowie in Bayern und Berlin mit jeweils rund 27 Prozent. Am niedrigsten sind die Väteranteile mit 19 Prozent im Saarland und 21 Prozent in Bremen. Erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt es nach wie vor bei der Bezugsdauer. Frauen strebten 2020 im Durchschnitt eine Bezugsdauer von 14,5 Monaten an, Väter wollten Elterngeld lediglich 3,7 Monate lang beantragen – das ist genauso lang, wie sie im Jahr 2019 Elterngeld bezogen haben.

**Top-Liste: Annus horribilis**

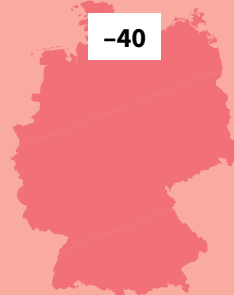
Für die Tourismusbranche ist das Jahr 2020 mit Sicherheit das, was Queen Elizabeth im Rückblick über das Jahr 1992 sagte: ein Annus horribilis, ein schreckliches Jahr. Aufgrund der Corona-Pandemie sprach das deutsche Außenministerium Mitte April 2020 eine pauschale Reisewarnung für den gesamten Planeten aus – und viele Länder zogen nach. Anfang Oktober wurde die pauschale Warnung zwar wieder aufgehoben, dennoch reisten und reisen die Menschen coronabedingt deutlich weniger als früher. Darunter leiden in der EU vor allem die klassischen Touristenziele im Süden, allen voran Zypern, wo die Zahl der Übernachtungen in Hotels, Ferienhäusern und -wohnungen sowie auf Campingplätzen im Jahr 2020 um fast 80 Prozent zurückgegangen ist.

**Tourismus: Das Corona-Debakel**

Um so viel Prozent ging die Zahl der Übernachtungen in touristischen Unterkünften in der EU im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr zurück

**Stärkste Rückgänge**

Zypern	-78
Griechenland	-73
Malta	-70
Spanien	-69
Portugal	-61

**Deutschland****-40****Geringste Rückgänge**

Finnland	-38
Österreich	-38
Schweden	-38
Dänemark	-32
Niederlande	-30

Ohne Irland und Frankreich

Quelle: Eurostat

© 2021 IW Medien / iwd

iwd